

# Denkpause

• EU-Angriffstruppe rüstet auf S. 2 • EU-BürgerInnen zweiter Klasse S. 4 • News S. 5  
• Letztes Gefecht im Weltraum? S.5 • Endlich: Schily für Schleuser S. 6

**02.01**  
**12.05.01**  
**Nr. 12**

Armee für freie Märkte - Tornados gegen Flüchtlinge

## EU-Angriffstruppe rüstet auf



*Wenn jemand privat ein Gemetzel veranstaltet hat, wandert er im Rechtsstaat in der Regel in den Knast. Die EU hingegen schenkt sich - als Belohnung für den mit Lügen legitimierten Angriffskrieg gegen Jugoslawien - eine eigene Interventionsarmee. Während Brüsseler Mühlen oft langsam mahlen, wird die Euro-Truppe mit Tornadogeschwindigkeit durchgesetzt.*

[mehr... Seiten 2+3]

Lieber LeserIn,



eigentlich bin ich ja gar nicht im Umweltausschuss. Aber wenn eine Debatte über das Trinken von Alkohol durch Kinder auf der Tagesordnung

steht, dann lohnt sich ein Besuch. Zumindest kann ich mir abends die Karte fürs Kabarett sparen. Alkohol führt bei Kindern zu antisozialem Verhalten, Gewalt, ungewollter Schwangerschaft. Schlimm. Aber noch schlimmer: Alkohol wird an Kinder in Glasflaschen verkauft, die manchmal von Kindern als Waffen benutzt werden. Schlimm, schlimm, schlimm.

13jährige Kinder setzen sich massenhaft betrunken ans Steuer und verursachen Unfälle. Aber es wird alles noch schlimmer: Sogar junge Mädchen trinken Alkohol. Und nicht nur hinter dem Steuer, sondern auch beim Schwimmen macht Alkohol Kindern große Probleme, weiss eine Sozialdemokratin zu berichten. Deshalb: Werbeverbot. Falsch, sagt Herr Liese von den Konservativen. Für Erwachsene sind ja ein bis zwei Gläschen abends nicht schädlich. Also: Warnetiketten drauf. Aber da wehren sich die Sozis. Das wäre ein echter Anreiz, Alk zu kaufen. Die Debatte wird an der Parlamentsbar bei ein, zwei Gläschen fortgesetzt. Und am nächsten Mittag bekommen die antisozialen Anträge mal wieder Mehrheiten. Aber zum Glück nicht von Kindern. Für Abgeordnete sind ein, zwei antisoziale Abstimmungen am Tag nicht schädlich.

Ilka Schröder

ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit nach EU-Erweiterung

## EU-BürgerInnen zweiter Klasse

*Die geplante Erweiterung soll die tödliche EU-Grenze weit nach Osten verschieben. Für OsteuropäerInnen bleibt der Schlagbaum trotzdem dort, wo er jetzt ist. Allen voran die Deutschen wehren sich gegen eine sofortige Umsetzung des EU-Besitzstandes, der eine Arbeitsaufnahme in jedem anderen Mitgliedsstaat erlaubt.*

[mehr... Seiten 4+5]

## Rechtspopulismus Gewöhnungssache

[mehr... Seite 5]

## Endlich: Schily für Schleuser

[mehr... Seite 6]

Armee für freie Märkte – Tornados gegen Flüchtlinge

# EU-Angriffstruppe rüstet auf

**Außen- und Sicherheitspolitik – Übersicht der Europäischen Kommission**  
[http://www.europa.eu.int/pol/ctsp/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/pol/ctsp/index_de.htm)

**EU-Militärstrukturen**  
<http://ue.eu.int/pesc/military/en/homeen.htm>

**Presseschau GASP**  
<http://www.politik-digital.de/europa/dossier/gasp/presse.shtml>

**Ulrich Sander:**  
**Nach dem Balkan-Krieg kam der neue Aufschwung der Rechtsextremisten und Kriegsbefürworter**  
<http://www.friedenskooperative.de/ff/ff00/5-34.htm>

**Kriegsparteitag der Grünen im Netz**  
<http://www.gruene.de/archiv/grem/bdk/99Bielefeld/index.htm>

**Friedensbewegung**  
<http://www.friedenskooperative.de>



Foto: playmobil.com

**Wenn jemand privat ein Gemetzel veranstaltet hat, wandert er im Rechtsstaat in der Regel in den Knast. Die EU hingegen schenkt sich - als Belohnung für den mit Lügen legitimierten Angriffskrieg gegen Jugoslawien - eine eigene Interventionsarmee. Während Brüsseler Mühlen oft langsam mahlen, wird die Euro-Truppe mit Tornadogeschwindigkeit durchgesetzt.**

Selbst das Lieblingsprojekt der europäischen KapitalistInnen, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, brauchte 15 Jahre bis zu ihrer vorläufigen Vollendung. Ganz anders das Tempo bei der Militarisierung der EU. 1999 beim Gipfel in Köln wurden neue Entscheidungsstrukturen beschlossen, wenig später ein »Headline Goal« festgelegt: Innerhalb von sechzig Tagen soll eine 60.000 KämpferInnen starke Truppe für einen Einsatz von bis zu einem Jahr verlegt werden können.

**Die Bundeswehr stellt einen größeren Anteil als jede andere beteiligte Armee und übernimmt die Führung der EU-Truppe**

Da sich ein Drittel der Truppe immer in der Ausbildung befindet, und die eingesetzten Truppenteile nach einem hal-

ben Jahr ausgetauscht werden sollen, werden jedoch weit mehr SoldatInnen benötigt. Manche BeobachterInnen gehen von bis zu 200.000 SoldatInnen aus, der französische Ratsvorsitz nannte im Dezember 2000 eine »Reserve von mehr als 100.000 Personen und ungefähr 400 Kampfflugzeugen und 100 Schiffen«. Allerdings handelt es sich bei der wohl ab 2003 einsatzbereiten EU-Armee um kein stehendes Heer. Die menschlichen und technischen Kampfmaschinen halten sich vielmehr in den nationalen Streitkräften für den konkreten Interventionsfall bereit. Manche Linksliberale verbanden mit der Einbindung Deutschland in die Europäische Gemeinschaft einst die Hoffnung, den NS-Nachfolgestaat durch Kooperation zu zähmen. Mit der deutschen Führungsrolle in der EU-Armee ist

diese Strategie jetzt nicht mehr nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf dem militärischen Gebiet endgültig gescheitert. Die Bundeswehr stellt einen größeren Anteil als jede andere beteiligte Armee und übernimmt die Führung der EU-Truppe.

Der Deutsche Bernd Schwirth leitet als Generaldirektor den Militärstab aus Offizieren aller EU-Staaten. Und beim Militärstab handelt es sich immerhin um jenes Gremium, das im »Krisenfall« die militärstrategischen Optionen entwickelt, über deren Priorität entscheidet und die Streitkräfte festlegt, die an einem EU-Angriffskrieg teilnehmen dürfen. Es bleibt abzuwarten, wann die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU so weit vergemeinschaftet wird, dass Deutschland auch Zugriff auf Atomwaffen hat.

Die bedeutendsten militärischen Defizite der EU-Streitkräfte sind zur Zeit die strategischen Schwächen und fehlenden Aufklärungsfähigkeiten. Ohne die Unterstützung der USA kann Europa heute kaum aussichtsreiche Angriffs-▶

kriege führen. Die Mitgliedstaaten haben daher neben der Verstärkung einiger operativer Fähigkeiten und Kapazitäten vor allem die Entwicklung der strategischen Fähigkeiten in den Mittelpunkt ihrer Rüstungsvorhaben gestellt.

Im Einzelnen sind dies die »strategische Mobilität zur raschen Verbringung von Streitkräften ins Einsatzgebiet; Stäbe für die Streitkräfteführung und dazugehörige Informations- und Kommunikationssysteme; Mittel zur Aufklärung für die Streitkräfte«. Die EU soll Zugang zu den Satellitenbildern bekommen, neue Satellitensysteme sollen mit optischer Ausrüstung und mit Radarausrüstung verbessert werden (siehe auch Kurzmeldung »Letztes Gefecht im Welt-raum«).

Mit der Verbesserung der strategischen Fähigkeiten und der Aufklärung soll der Rückstand der EU-Armee gegenüber den USA verkleinert werden. Auch wenn in den nächsten Jahren eine Frontstellung gegenüber den USA nicht möglich sein wird, scheint sie perspektivisch durchaus denkbar.

Die durch die West-Ost-Konfrontation zusammengeschweißte transatlantische Allianz könnte Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes Risse bekommen. Eine von vielen besorgten Stellungnahmen kam Anfang des Jahres von einem Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Er nannte die schnelle EU-Truppe einen »Dolchstoß in das Herz der Nato.« will der SPIEGEL erfahren haben.

Sowohl USA als auch EU wollen sowohl Rohstoffe abbauen und verwerten, als auch neue Absatzmärkte aufbauen. Doch der Run auf die noch nicht erschlossenen Gebiete ist groß, und so lauten die Fragen: Wer schafft in Lateinamerika per Handelsabkommen zuerst die idealen Bedingungen für die eigenen Unternehmen, und wer kommt zuerst an die Bodenschätze im Kaukasus – USA oder EU?

Um das zentralasiatische Öl könnte die EU auch mit Rußland in Konflikt geraten. Das Zentralorgan der sogenannten Freiheitlich Demokratische Grundordnung DAS PARLAMENT berichtet am 3.12.2000 aus einem von Neid geprägten Blickwinkel über die Russen: »Mit beiden Beinen fest verankert steht das einstige Großreich am kaspischen Meer, wo enorme Energievorräte schlummern.« Die Ratlosigkeit über feh-



lende Feinde für die neue Truppe fast die Wochenzeitung metaphorisch zusammen: »Das Schiff hat den Hafen verlassen. Selbst wenn das Ziel noch ungewiss ist.«

»Die kollektive Verteidigung wird weiterhin Aufgabe der NATO bleiben«, versicherte der deutsche Außenminister Fischer schon Anfang 1999 vor dem Europäischen Parlament. Der Hohe EU-Beauftragte für die GASP, Javier Solana, schließt sich an: »Unser Plan ist bescheiden und zielt nicht auf eine Verteidigungsallianz.« Was aber sind die Ziele einer EU-Angriffstruppe: der EU stabilere Märkte, erweiterte Handelsmöglichkeiten und weniger Flüchtlinge zu beschern, wie Solana in erfreulicher Deutlichkeit erklärte. Die Mischung aus weltweit agierendem Bundesgrenzschutz und neokorporatistischer Wirtschaftsarmee, die Marktbeschränkungen für EU-Unternehmen wegbomben soll, benötigt für ihren Auftrag nicht mal ein

**»Unser Plan ist bescheiden und zielt nicht auf eine Verteidigungsallianz.«**

**(Javier Solana)**

**also: stabilere Märkte, erweiterte Handelsmöglichkeiten und weniger Flüchtlinge**

UN-Mandat. Der eigentlich selbstverständlichen Forderung, dass sich die EU-Truppe zumindest an das Völkerrecht halten muß, schlossen sich im Europäischen Parlament nur ein Siebtel der Abgeordneten ab.

Die grüne Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter setzt sich weiterhin sehr engagiert für die Legitimation der Truppe ein. So fordert sie vehement die Beteiligung des Europäischen Parlaments zur demokratischen Kontrolle der Militäreinsätze. Sollte sie sich durchsetzen, so werden

die Opfer einer EU-Intervention immerhin das gute Gefühl haben, von demokratisch ins Ziel gelenkten Splitterbomben zerfetzt worden zu sein.

Daniel Cohn-Bendit (Grüne) erklärte ebenfalls sein Einverständnis mit einer europäischen Verteidigung, sofern sie vom EP und von den nationalen Parlamenten kontrolliert werde. Wenn es nach ihm geht, werden bald auch in Straßburg und Brüssel gefälschte Hufeisenpläne oder gegrillten Föten gezeigt, die dann demokratisches Entsetzen und Kriegeslust auslösen.

Zur Belohnung für den mit Lügen durchgesetzten Angriffskrieg gegen Jugoslawien wird von der deutschen Bundesregierung nicht nur die eigene Bundeswehr angriffsfähiger gemacht. Unter grüner Regierungsleitung in den beiden in Militärfragen wohl profiliertesten EU-Staaten, Frankreich und Deutschland, sowie mit einer starken Truppe im Europäischen Parlament, ist es nunmehr sogar gelungen, eine völlig neue Armee aufzubauen.

**Rezension:**  
**Eric Chauvistré: Das atomare Dilemma. Die Raketenabwehrpläne der USA. 160 S., DM 24,90 (12,73 Euro), Berlin, Espresso 2001.**  
Nach Chauvistré ist es das Ziel der US-amerikanischen Raketenabwehrpläne, ihre militärischen Interventionsmöglichkeiten abzusichern. Die US-Militärs wollen Interventionskriege auch dann noch politisch durchsetzen können, wenn ihre Gegner über Atomwaffen verfügen. In seinem Buch legt er neben den politischen auch die technischen und militärischen Hintergründe des US-Konzepts dar und analysierte die europäischen Reaktionen bis Februar 2001. Der stolze Preis für das dünne Taschenbuch lohnt sich nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen seines angenehmen Sprachstils. Und wenn man nach 132-Nettoseiten Text mehr weiß, als anderswo nach 400 Seiten, ist das allemal ein Vorteil.

**Was tun?**  
Sofortige Auflösung aller Armeen, wobei im eigenen Land mit gutem Beispiel vorangegangen werden muss. Zunächst sind die angriffsfähigen Truppenteile - die von rot-grün zur Zeit massiv aufgestockt werden - zu zerlegen. Bei unvermeidbaren Angriffskriegen müssen engagierte MilitärstrategInnen wie Scharping, Schröder, Fischer und Beer in der ersten Reihe der Bodentruppen eingesetzt werden. Die zur Kriegsproduktion verwendbare Schwerindustrie muss irreparabel demontiert werden. Den in kriegswichtigen Unternehmen tätigen ArbeitnehmerInnen werden Ersatzarbeitsplätze in der ökologischen Landwirtschaft oder beim Wiederaufbau Jugoslawiens angeboten.

ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit nach der Ost-Erweiterung

# EU-BürgerInnen zweiter Klasse

**Die geplante Erweiterung soll die tödliche EU-Grenze weit nach Osten verschieben. Für OsteuropäerInnen bleibt der Schlagbaum trotzdem dort, wo er jetzt ist. Allen voran die Deutschen wehren sich gegen eine sofortige Umsetzung des EU-Besitzstandes, der eine Arbeitsaufnahme in jedem anderen Mitgliedsstaat erlaubt.**



Foto: Manuela Hartling

Vor zwölf Jahren war alles klar: »Wenn die D-Mark nicht zu uns kommt«, drohten DDR-BürgerInnen unverhohlen den BerichterstatterInnen westlicher Medien, »dann kommen wir eben zu ihr«. Das saß, und die Folgen sind bekannt: Monate später gab es die DDR nicht mehr, ihre einstigen Bürgerinnen und Bürger wurden zu Osis, und die D-Mark kam.

Der Wohlstand kam freilich nicht, oder zumindest längst nicht so schnell, wie die an Marx und Engels offenbar nur unzureichend geschulten Kader der flugs gegründeten Filialen westlicher Parteien sich erhofft hatten. Und für alle, die künftig von noch weiter her kommen wollten, wurde der Todesstreifen an den Flüssen Oder und Neiße ausgebaut.

Heute begegnet man der zurückhaltenen Ankündigung mittel- und osteuropäischer Arbeitssuchender, ihre Arbeitskraft nach der Wiedervereinigung eventuell auch dem westeuropäischen Markt zur Verfügung zu stellen, mit dem Reflex der Abschottung. Protestierten 1989/90 die Massen mit dem Schlachtruf »Wir sind ein Volk!«, so drohen nun Gewerkschaften und CSU-PolitikerInnen in trauer Einigkeit, für die Abschottung des deutschen Arbeits-

marktes notfalls auf die Straße zu gehen.

Sieben Jahre, so hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Januar verkündet, müsse die derzeitige EU-Ostgrenze für ArbeitnehmerInnen noch gelten. Mit der Formel 5+2 kam ihm sein Parteifreund, der EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen, so weit wie nur möglich entgegen.

In einer vertraulichen Informationsnote hatte hingegen Verheugens Behörde noch Anfang März die Vorzüge eben gerade einer vollständigen Umsetzung des so genannten Schengen-Besitzstandes unmittelbar nach dem Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Länder gelobt: »Diese Option hat den Vorteil, dass sie das Prinzip der geographischen Einheit des gemeinsamen Marktes bewahrt und das normale Zusammenwirken der vier Grundfreiheiten gestattet. Sie würde Verhandlungen mit den Beitrittsländern unnötig machen, und sie würde sich in das allgemeine Verhandlungsprinzip einfügen, nach dem der Besitzstand unmittelbar nach dem Beitritt übernommen werden soll.«

In EU-Staaten wie den Niederlanden oder Portugal kann man die deutsche Panik vor der Einwanderung aus Osteuropa kaum nachvollziehen. Insbesondere

re dass VertreterInnen der deutschen Regierung, einst die lautstärksten Trommler für die Osterweiterung, nun sogar Beitrittsfristen in Frage stellen, stößt dort auf Unverständnis. Zumal Deutschland wirtschaftlich betrachtet die Zuwanderung bald genauso nötig haben dürfte wie die meisten anderen EU-Staaten.

Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes würde die Bevölkerung zwischen Rhein und Oder bei einem Immigrationsstopp innerhalb der nächsten 50 Jahre um rund 30 Prozent auf 58 Millionen sinken. Selbst wenn 300.000 Menschen pro Jahr einwandern sollten, würde die EinwohnerInnenzahl um sieben Millionen sinken. Schon dies würde wegen der damit einhergehenden anteilmäßigen Zunahme älterer BürgerInnen die Finanzierung eines Sozialsystems auf heutigem Standard unmöglich machen.

Das allein wäre für die neokorporatistische Bundesregierung sicher kein Problem, da das deutsche Sozialsystem in 50 Jahren ohnehin nur noch aus den Geschichtsbüchern überliefert sein wird. Fallende Nachfragen nach Immobilien, Konsumgütern und TAZ-Abos sollten die Bundesregierung allerdings beunruhigen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht in einer jüngst veröffentlichten Untersuchung davon aus, dass nach der Ost-Erweiterung zunächst 140.000 ZuwandererInnen pro Jahr nach Deutschland kommen werden; nach fünfzehn Jahren sollen es noch rund 90.000 sein.

Selbst nach dem Motto der deutschen Migrationspolitik »Nützliche, anpassungsbereite Ausländer rein!«, ist das Grenzregime also unsinnig. Natürlich bleibt es auch hier dabei: Jede rassistische oder ökonomische Selektion von Menschen ist anzugreifen. Alle EU-Binnen- und Außengrenzen müssen sofort für alle aus menschenrechtlichen Gründen geöffnet werden.

*Fundstellennachweis Gemeinschaftsrecht: Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Sozialpolitik*  
[http://europa.eu.int/eurllex/de/lif/ind/de\\_analytical\\_index\\_05.html](http://europa.eu.int/eurllex/de/lif/ind/de_analytical_index_05.html)

*DIW: Studie zu Auswirkungen der Freizügigkeit*  
[http://www.diw.de/deutsch/projekte/docs/wlt\\_enlargement\\_EU.html](http://www.diw.de/deutsch/projekte/docs/wlt_enlargement_EU.html)

*EP: Freizügigkeit für Personen*  
[http://www.europarl.eu.int/factsheets/2\\_3\\_0\\_de.htm?redirected=1](http://www.europarl.eu.int/factsheets/2_3_0_de.htm?redirected=1)

*Materialien zum Europäischen Arbeitsrecht im Internet*  
<http://www.jura.uni-sb.de/FB/LS/Weth/InfEA/idx.htm?FB/LS/Weth/InfEA/internet/de/internet.htm>

*FTD: EU-Osterweiterung*  
[www.ftd.de/eu-osterweiterung](http://www.ftd.de/eu-osterweiterung)

*Themenschwerpunkt Zuwanderung und Asyl in Jungle World*  
[http://www.jungle-world.com/\\_2001/19/inhalt.htm#thema](http://www.jungle-world.com/_2001/19/inhalt.htm#thema)

*Ilka Schröder zu Festung Europa*  
<http://www.ilka.org/themen/te.html>

*Ilka Schröder zu Kapitalismus*  
<http://www.ilka.org/themen/gk.html>

► Fortsetzung auf Seite 5

ISSN: 1439-5363

2.01 Denkpause 4

Doch nach wie vor werden die Kandidatenländer gezwungen, als Voraussetzung für ihren EU-Beitritt die neuen Außengrenzen der Gemeinschaft nach Schengen-Standard abzuschotten. Bei einer Anhörung im Innenausschuss des Europäischen Parlaments mussten im März VertreterInnen der Beitrittsstaaten von Litauen über Rumänien und die Türkei bis Zypern ihre Bereitschaft beteuern, das Grenzregime, das sich zur Zeit noch gegen ihre eigenen BürgerInnen richtet, in Zukunft selbst zu betreiben. Von dem einzigen Vorteil des Schengen-Abkommens - der Freizügigkeit innerhalb des Vertragsgebietes - werden die BürgerInnen dieser Staaten - freilich erst einmal nichts haben. Auf den Flughäfen der Union wird dann wohl noch ein drittes Türchen eingerichtet werden müssen: Zu »Schengen« und »Non Schengen« müsste dann noch »Second Class Schengen« dazu kommen.

Auch für Gewerkschaftsbosse steht Abschottung an erster Stelle. Franz-Josef Möllenberg etwa, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrungsmittel-Genuss-Gaststätten, fordert eine mindestens zehnjährige Übergangsfrist, und damit diese auch ja nicht von Scheinselbstständigen unterlaufen werden kann, soll sie für DienstleistungsunternehmerInnen aus den Beitrittsländern, die sich in der alten EU niederlassen, gleich mit gelten.

IG-Bau-Chef Klaus WieseHügel stimmt ihm im Prinzip zu. Auf jeden Fall sei die von Schröder verlangte siebenjährige Übergangsfrist »das untere Minimum«. Realistisch stellt WieseHügel fest, bei seiner Kundschaft gebe es einen »braunen Rand«. Und den will er weder loswerden noch mit Argumenten eines Besseren überzeugen, sondern mit eigener nationalistischer Propaganda einbinden.

Frank Bsirske, grüner Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di fürchtet um die kleinen und mittleren Unternehmen, die dem Konkurrenzdruck aus dem Osten nicht standhalten können. Dort kommentiert man solche argumentative Schützenhilfe aus unberufenem Munde nicht; schließlich hofft man darauf, arbeitsintensive Dienstleistungen und Fertigungsschritte per Joint Venture in die östlichen Niedriglohngebiete auslagern zu können. Die aber werden auch nur solange billig bleiben, wie sie durch Sondergesetze etwa zur Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen billig gemacht werden. ○

## Rechtspopulismus Gewöhnungssache

Nach den italienischen Wahlen am 13. Mai wird möglicherweise ein weiterer EU-Staat rechtspopulistisch regiert werden. Der Medienmilliardär Silvio Berlusconi liegt mit seinem Bündnis »Haus der Freiheit« nach Umfragen vor dem »Olivenbaum« aus Mitte-Links-Parteien. Im Nationalparlament kann er sich auf die Stimmen der postfaschistischen Alleanza Nazionale sowie der Lega Nord verlassen. Die nordischen Regionalisten wenden sich einerseits gegen Süditalien, andererseits auch gegen AusländerInnen. Laut taz v. 25.04.2001 forderte der lokale Chef der Lega Nord von Verona, Flavio Tossi, dass die städtischen Busse separate Eingänge für Italiener und Ausländer bekommen. Keine Autonomiebestrebungen, sondern nationaler Zentralismus ist das Programm der Alleanza Nazionale. Der kleinste gemeinsame Nenner der Rechten in Italien ist die völkische Ausländerfeindlichkeit. Mit einem Wahlsieg würde sie sich in die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Wahlerfolge in ganz Europa einreihen (Vlaams Block in Flandern, der Partido Popular in Spanien, FPÖ in Österreich und die dänische Folkeparti). Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers unterstützten das Mitglied der EVP-Fraktion im Europaparlament Silvio Berlusconi in seinem Wahlkampf. Zusätzliche Dramatik hätte ein rechter Wahlsieg durch die hohen Einflußmöglichkeiten Berlusconis auf den staatlichen Rundfunk, der zusammen mit Berlusconis eigenen Sendern fast den gesamten Markt abdeckt.

Die Europäische Union hat nach § 7 des im Dezember verabschiedeten, allerdings noch nicht ratifizierten und damit noch nicht in Kraft getretenen »Vertrag von Nizza« eine Möglichkeit einzugreifen, wenn demokratische Grundwerte in einem Mitgliedsstaat bedroht sind. Der Ministerrat kann auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission oder des Parlaments mit 80prozentiger Mehrheit feststellen, daß die »eindeutige Gefahr« besteht und entsprechend »geeignete Empfehlungen« aussprechen. Sollte das Bündnis aus Rechtspopulisten, Regionalisten und Postfaschisten in Italien an der Macht sein, wird es aber angesichts der bereits amtierenden rechtspopulistischen Regierungen schwierig, diese qualifizierte Mehrheit zu erreichen. Doch außer dem liberalen belgischen Außenminister Louis Michel erwärmte sich bis Redaktionsschluß dieser DENKPAUSE noch niemand für Sanktionen gegen Italien.

Auffällig ist die Tatsache, daß der Rechtsextremismus nicht primär in den Ärmsten Gegenden der EU, in Griechenland, Portugal oder Irland vorkommt.

## Letztes Gefecht im Weltraum?

Die durch den Ausbau der Euro-Truppe ohnehin gespannten transatlantischen Beziehungen werden jetzt auch noch durch die Konkurrenz im Weltraum belastet. Die EU möchte bei der satellitengestützten Aufklärung ihrer nächsten Kriegsziele unabhängiger werden und baut daher das eigene Navigationssystem Galileo auf. Militärs der EU wollen ab 2008 die Signale hören, die aus 10.000 Kilometern Höhe gesandt werden. Ob sie daraufhin auch zum letzten Gefecht aufbrechen, steht allerdings in den Sternen. US-Militärstrategen bangen um ihre »strategische Informationsüberlegenheit«. Die USA betreiben das Global Positioning System (GPS), mit dem sie 1999 die Cruise Missiles punktgenau in die jugoslawischen Ziele lenkten. Galileo soll parallel auch zivile Aufgaben übernehmen können. Deren geringe Relevanz zeigt aber das Desinteresse der Privatwirtschaft an einer Beteiligung. Ein weiteres engagiertes Projekt für die globale Erdüberwachung ist die SAR-Lupe, die 2003 oder 2004 von der russischen Raumstation Baikonur ins All geschossen werden soll. Der Satellit der EADS-Tochter Astrium GmbH in Friedrichshafen wird von deutschen Bodenstationen gesteuert und soll auf zwei bis drei Meter genau Vorgänge auf der Erde beobachten. Schließlich müssen die Deutschen wissen, wie es dort aussieht, wo sie demnächst ihre Bomben abwerfen wollen.

Auch außerhalb dieses Zitates ist der Beitrag »Wir geben nichts« von Dirk Schümer aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 17.03.2001 sehr aufschlußreich.

»Der moralisch unappetitliche Befund lautet: Regionen mit jungem Wohlstand sind besonders anfällig für Xenophobie. Nachdem Flamen, Veneter, Kärntner oder Andalusier soeben grandios bei den Segnungen des Gemeinsamen Marktes abgesahnt haben und selbstverständlich von der Umverteilung profitierten, soll es nun mit der Solidarität ein brutales Ende haben. ... Sogar die neuen Bundesländer, die neben beachtlichen Wahlergebnissen für Rechtsradikale vor allem den für Zuwanderer gefährlichsten Prügelpöbel Europas hervorgebracht haben, passen gut ins Bild: Im Gegensatz zu allen anderen Gebieten des früheren Ostblocks, die meist sogar noch viel mehr Zuwanderer und Arme beherbergen und dennoch solche Barbarei nicht erleben, wird die DDR systematisch mit Hilfszahlungen hochgepöppelt. Sie bildet nicht zufällig die privilegierte Speerspitze der Xenophobie unter den exkommunistischen Ländern.«

<http://www.esa.int>

Buchempfehlung:  
Ulrich Cremer/Dieter S. Lutz (Hrsg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung. 208 Seiten, DM 26,80. Hamburg, VSA-Verlag 2000.

Hochzeit der Rüstungsindustrie  
<http://www.friwe.at/jugoslawien/unordnung/mil-eu/eads.htm>



Ilka Schröder zu Festung  
Europa  
[https://www.ilka.org/  
themen/fe.html](https://www.ilka.org/themen/fe.html)

deportatiNO (Österreich) -  
Gegen Schubhaft, Deportationen und Grenzregime  
[http://www.no-racism.net/  
deportatiNO/index.htm](http://www.no-racism.net/deportatiNO/index.htm)

Kommerzielle Fluchthilfe- die  
Reisebüros für Flüchtlinge  
[http://www.so-36.de/  
taxista/brosch/  
taxiprozesse/  
fluchthilfe.html](http://www.so-36.de/taxista/brosch/taxiprozesse/fluchthilfe.html)

Dienstleistung Fluchthilfe  
[http://www.fim-berlin.de/  
deutsch/publik/  
fluchthilfeprot.htm](http://www.fim-berlin.de/deutsch/publik/fluchthilfeprot.htm)

»Festung Europa« in der  
Offensive - Staatliche  
Flüchtlingsabwehr  
[http://www.no-racism.net/  
deportatiNO/  
icmpd\\_01.htm](http://www.no-racism.net/deportatiNO/icmpd_01.htm)

## Endlich: Schily für Schleuser

Humanität und Kommerz sind Gegensätze, meinte die Rote Armee Fraktion (RAF). Deren ehemaliger Anwalt, der heutige deutsche Bundesinnenminister Otto Schily, hat sich daran jetzt wieder erinnert.

Er streitet mit seinen EU-KollegInnen darüber, ob Fluchthilfe unter besonderen Bedingungen straffrei bleiben könnte. Denn einige EU-Innenminister wollen humanitäre Schleusungen im Gegensatz zur Reisehilfe gegen Geld nicht unter Strafe stellen. Schily jedoch lehnt jeden Unterschied ab. Man dürfe sich ja auch nicht auf »gemeinnützige Steuerhinterziehung« berufen. Die Latte für Kommerzialität legt er allerdings hoch. Die Süddeutsche Zeitung (16.03.2001) weiß zu berichten: »Andererseits, sagte Schily, habe in der jüngsten Vergan-

genheit auch niemand in Deutschland die Fluchthelfer verurteilt, die Menschen aus der DDR gen Westen geholt hatten.«

Stimmt. Damals wurden als Honorar 40.000 Westmark gezahlt, die dann auch noch vor westdeutschen Gerichten eingeklagt werden konnten. Diese traumhaften Zeiten sind für die Schleuserbranche vorbei. Wer so viel Geld hat, kann heute auch Informatik studieren und per Green-Card einreisen. Den SchleuserInnen bleiben die weniger kaufkräftigen Kunden, um sie über den Todesstreifen an der EU-Außengrenze zu schmuggeln. Daher sollten FluchthelferInnen, die weniger als 40.000 DM pro Transfer er-

Diese Zeitschrift kann kostenlos bestellt, abbestellt und umbestellt werden. Bitte in allen Fällen Mail an [abodatei@ilka.org](mailto:abodatei@ilka.org) richten oder an die Postadresse im Impressum. Besonders hilfreich sind Meldungen bei Umzügen, da die Denkpause auch mit Nachsendeantrag i.d.R. nicht nachgeschickt wird. Ihre Daten werden elektronisch gespeichert auf einer gegen unbefugten Zugriff per PGP gesicherten Festplatte.

halten, sich bei ihrer Festnahme auf Otto Schily berufen. Vergessen werden sollte aber nicht, daß auch niedrigere Fluchthilfehonorare für die Kunden eine hohe Belastung darstellen. Daher ist es weiter notwendig, entweder für eine EU-Förderung der Fluchthelfer oder aber für die arbeitsplatzvernichtende Lösung »Offene Grenzen« zu streiten.

## Kriminelle Cyber-Kriminalisten

Am Schluss ging dann plötzlich alles ganz schnell. Quasi in einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 24. April die so genannte Cybercrime-Konvention verabschiedet. Das Papier als »umstritten« zu bezeichnen, würde schon fast an Schönfärberei grenzen: In seltener Einigkeit hatten Internetbenutzer, Industrie, Datenschützer und Menschenrechtsgruppen das Abkommen, das erst noch in nationales Recht umgesetzt werden muss, abgelehnt.

Um das lange Zeit geheim gehaltene Papier dennoch in der beinahe unveränderten Form des »Draft No. 25b« zu verabschieden, bedurfte es einiger Anstrengungen, die ein bezeichnendes Licht auf den Europarat werfen, der sich immerhin als »Bewahrer der Demokratie« fühlt: Änderungsanträge, etwa diejenigen des sozialdemokratischen Abgeordneten Jörg Tauss, verschwanden spurlos und kamen so gar nicht erst zur Abstimmung; die Abgeordneten erfuhren erst kurzfristig, dass die Konvention auf die Tagesordnung gesetzt worden war und konnten sich so nicht vorbereiten. Übersetzungen in die Sprachen der Mitgliedsländer, die vorgeschrieben sind, gab es nicht.

Damit wird den nationalen Parlamenten demnächst ein Papier vorliegen, das Abhör-Behörden und Internet-Spionen ein Eldorado eröffnet (siehe Denkpause Nr. 11). Bald wird dann von der EU-Kommission der Entwurf »Combating Computer-Related Crime« folgen, der im Europa-Parlament wiederum von Frau Cederschiöld betreut wird und im Juni im Strasbourger Plenum behandelt werden soll. Die Kommission hat bereits angekündigt dass ihr Entwurf den von der Konkurrenz »noch übertreffen« werde.

## Eurofälschungs-Bericht entpuppt sich als Falschgeld

Eine Währung muss sicher sein, das bestreitet kaum jemand: Wenn sie massenhaft gefälscht wird, sind Inflation und Teuerung die Folge, und das wollen wir ja nicht. Also unternehmen die Regierungen so allerhand, um zu verhindern, dass ihr schönes Geld nachgemacht wird. Wie das geht? Wasserzeichen, silberne Fädchen und Hologramme, dachten Sie? Und weil die Gangster das nie hinkriegen, kommt dann ein Bulle, der aussieht wie Lino Ventura, und lässt die Handschellen knacken?

Sie sind ganz schön hinter dem Mond. Hätten Sie einmal in den Bericht »Schutz des Euro vor Fälschungen« geschaut, den die einschlägig berühmte schwedische Europaabgeordnete Char-

lot Cederschiöld (Konservative) betreut, dann wüssten Sie, was State of the Art der heutigen Fälschungsverhütung ist: Man baut um die Währung herum einen solchen Sonderpolizei-Apparat auf, dass man seine Geldscheine auch im Kartoffeldruck auf Klopapier drucken könnte; es würde sich doch kein Mensch trauen, sie zu fälschen.



Ein ganz Europa überspannendes Netz wird da skizziert - teilweise ist es bereits ausgeworfen - in dem Banken, nationale Polizeibehörden, Europol, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank ständig Informationen miteinander austauschen und operative Einsätze absprechen sollen. Die zentrale Position in diesem Netz soll eine so genannte Euro-Fälschungsbekämpfungsstelle einnehmen, die es zumindest in Ansätzen ebenfalls bereits gibt. Sie soll im Umfeld von Europol angesiedelt sein, ohne allerdings deren Statut zu unterliegen: Eine wunderbare Dienststelle, an die man alles delegieren kann, was nicht dem Europol-Mandat entspricht.